

Mecklenburg-Vorpommern

05. September 2014 | 09:29 Uhr

Palliativmedizin : Gegen Sterbehilfe-Legalisierung

vom 4. September 2014

Aus der Redaktion der Zeitung für die Landeshauptstadt

Bundesgesundheitsminister Gröhe und Senioren-Union der CDU demonstrieren bei Delegiertenversammlung in Schwerin Einigkeit.



Foto: Jens Büttner

Minister Hermann Gröhe (l.) und der Chef der Senioren Union der CDU, Otto Wulff lassen sich vom Kongress feiern.

Die Senioren-Union der [CDU](#) und Bundesgesundheitsminister [Hermann Gröhe](#) haben sich gegen eine Lockerung des Verbots der Sterbehilfe ausgesprochen. Bei einer Legalisierung der Suizidhilfe bestehe die Gefahr, dass ältere und kranke Menschen unter Druck gesetzt werden könnten, aus dem Leben zu gehen, sagte der Vorsitzende der Senioren-Union der CDU Deutschlands, [Otto Wulff](#), gestern in [Schwerin](#). Er erhielt dafür bei der Bundesdelegiertenversammlung starken Beifall der Teilnehmer.

Die Senioren-Union ist mit 57 000 Mitgliedern die zweitgrößte Vereinigung innerhalb der CDU. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe(CDU) bekräftigte als Gastredner sein Nein zu organisierten und kommerziellen Angeboten der aktiven Sterbehilfe. Er forderte eine Weiterentwicklung der Palliativmedizin und des Hospizgedankens. „Menschen wollen an der Hand eines anderen sterben und nicht durch die Hand eines anderen“, sagte er. Das zeigten Untersuchungen. Wenn zur Verbesserung der Lebensqualität Schwerstkranker starke Schmerzmittel gegeben werden, die möglicherweise das Leben verkürzen, müsse das möglich sein, sagte Gröhe weiter. Es komme auf die Intention an. Die Intention der Lebensverkürzung sei zu Recht verboten und solle auch verboten bleiben.

Der Bundestag will demnächst über eine gesetzliche Neuregelung der Sterbehilfe in Deutschland beraten. Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) begrüßte Gröhes Äußerungen. „Wir dürfen nicht Hilfe zum Sterben leisten, sondern wir müssen die Menschen beim Sterben begleiten, ihnen Schmerzen und Ängste nehmen und ihnen ein Leben in Würde bis zuletzt ermöglichen“, teilte sie in München mit. Die Palliativ- und Hospizversorgung müsse deshalb ausgebaut werden, sie müsse allen Menschen zur Verfügung stehen. Dafür gebe es noch viel zu tun, so auch bei der Vergütung von stationären Hospizen und Palliativstationen. „Darüber müssen wir auch auf Bundesebene reden“, forderte Huml.

In Schwerin beraten bis heute rund 250 Delegierte der Senioren-Union unter anderem über die Renten-, Pflege- und Gesundheitspolitik. Wulff wurde am Donnerstag für weitere zwei Jahre zum Vorsitzenden der Vereinigung gewählt. Der 81-Jährige erhielt 210 von 226 gültigen Stimmen. Er steht bereits seit 2002 an der Spitze der Senioren-Union. Wulff forderte mehr Mitbestimmung für die Vereinigung in der CDU. Er verlangte die Gründung einer Seniorengruppe in der Unionsbundestagsfraktion nach dem Vorbild der Jungen Gruppe, der Gruppe der Frauen oder des Parlamentskreises Mittelstand.

Gegen Sterbehilfe-Legalisierung

Bundesgesundheitsminister Gröhe und Senioren-Union der CDU demonstrieren bei Delegiertenversammlung in Schwerin Einigkeit

SCHWERIN Die Senioren-Union der CDU und Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe haben sich gegen eine Lockerung des Verbots der Sterbehilfe ausgesprochen. Bei einer Legalisierung der Suizidhilfe bestehe die Gefahr, dass ältere und kranke Menschen unter Druck gesetzt werden könnten, aus dem Leben zu gehen, sagte der Vorsitzende der Senioren-Union der CDU Deutschlands, Otto Wulff, gestern in Schwerin. Er erhielt dafür bei der Bundesdelegiertenversammlung starken Beifall der Teilnehmer.

Die Senioren-Union ist mit 57000 Mitgliedern die zweitgrößte Vereinigung innerhalb der CDU. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) bekräftigte als Gastredner sein Nein zu organi-

sierten und kommerziellen Angeboten der aktiven Sterbehilfe. Er forderte eine Weiterentwicklung der Palliativmedizin und des Hospizgedankens. „Menschen wollen an der Hand eines anderen sterben und nicht durch die Hand eines anderen“, sagte er. Das zeigten Untersuchungen. Wenn zur Verbesserung der Lebensqualität Schwerstkranker starke Schmerzmittel gegeben werden, die möglicherweise das Leben verkürzen, müsse das möglich sein, sagte Gröhe weiter. Es komme auf die Intention an. Die Intention der Lebensverkürzung sei zu Recht verboten und solle auch verboten bleiben.

Der Bundestag will demnächst über eine gesetzliche Neuregelung der Sterbehilfe in Deutschland beraten. Bay-



Minister Hermann Gröhe (l.) und der Chef der Senioren Union der CDU, Otto Wulff lassen sich vom Kongress feiern. FOTO: JENS BÜTTNER

erns Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) begrüßte Gröhés Äußerungen. „Wir dürfen nicht Hilfe zum Sterben leisten, sondern wir müssen die Menschen beim Sterben begleiten, ihnen Schmerzen und Ängste nehmen und ihnen ein Leben in Würde bis

zuletzt ermöglichen“, teilte sie in München mit. Die Palliativ- und Hospizversorgung müsse deshalb ausgebaut werden, sie müsse allen Menschen zur Verfügung stehen. Dafür gebe es noch viel zu tun, so auch bei der Vergütung von stationären Hospizen und

Palliativstationen. „Darüber müssen wir auch auf Bundesebene reden“, forderte Huml.

In Schwerin beraten bis heute rund 250 Delegierte der Senioren-Union unter anderem über die Renten-, Pflege- und Gesundheitspolitik. Wulff wurde am Donnerstag für weitere zwei Jahre zum Vorsitzenden der Vereinigung gewählt. Der 81-Jährige erhielt 210 von 226 gültigen Stimmen. Er steht bereits seit 2002 an der Spitze der Senioren-Union. Wulff forderte mehr Mitbestimmung für die Vereinigung in der CDU. Er verlangte die Gründung einer Seniorengruppe in der Unionsbundestagsfraktion nach dem Vorbild der Jungen Gruppe, der Gruppe der Frauen oder des Parlamentskreises Mittelstand.

Iris Leithold